



Anke Simon, MdL
Heike Scharfenberger, MdL
Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion

Anke Simon, MdL, Oberstraße 15a, 67065 Ludwigshafen
Heike Scharfenberger, MdL, Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen

Wahlkreisbüro:
67065 Ludwigshafen
Oberstraße 15a
Telefon (0621) 57251330
Telefax (0621) 57251320
wk-buero@anke-simon-spd.de

Wahlkreisbüro:
67059 Ludwigshafen
Maxstraße 65
Telefon 0177 4195 277
Heike.scharfenberger@spd.landtag.rlp.de

Aktuelle Infos aus der SPD-Landtagsfraktion

12.10.2015

Nachhaltige Sanierung des Landtagsgebäudes auf den Weg gebracht

Die im Landtag vertretenen Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden bei den kommenden Beratungen im Haushalts- und Finanz-ausschuss am 15. Oktober 2015 die im Haushalt 2014/2015 noch enthaltene erste Kostenschätzung für die Sanierung und Erweiterung des Landtagsgebäudes auf der Grundlage der aktuell vorliegenden Kostenberechnungen auf 49,129 Mio. Euro fort-schreiben. Dieser Kostenberechnung ist der Siegerentwurf des Architekturbüros Sander Hofrichter zugrunde gelegt worden, für dessen Verwirklichung sich die Fraktionen entschieden haben. In den vergangenen Monaten wurden in einer auf Anregung der Fraktionen eingesetzten Baukommission die ursprünglich für den Entwurf errechneten Kosten von noch 52,4 Mio. Euro auf Einsparpotenziale untersucht; in der Baukommission waren neben Abgeordneten, dem Landtagspräsidenten und seiner Verwaltung auch das Ministerium der Finanzen, der Landesbetrieb LBB sowie das Architekturbüro Sander Hofrichter vertreten. Bei den Beratungen konnten Ein-sparungen in Höhe von rund 3,3 Mio. Euro erreicht werden. Über kleinere Einzelpositionen muss im Laufe des Verfahrens abschließend entschieden werden. Der Kostenplan wird im Rahmen der Haushaltsunterlage Bau dementsprechend auf 49,129 Mio. Euro fortgeschrieben. Etwaige Baukostensteigerungen im Rahmen sogenannter „allgemeiner Kostensteigerungen“ können in diesem Betrag nicht berücksichtigt werden, da dies haushalterischen Grundsätzen widerspräche.

Europäischer Gerichtshof treibt EU-Datenschutz voran

Als „richtungsweisend“ bezeichnete in dieser Woche unser medien- und netzpoli-tischer Sprecher, Martin Haller, das sogenannte „Safe Harbor“-Urteil des Euro-päischen Gerichtshofs. Der Gerichtshof hat eindeutig bestätigt, dass die „Safe Harbor“-Entscheidung der EU-Kommission aus dem Jahr 2000 ungültig war. Der anlasslosen Übermittlung personenbezogener Daten in die USA wurde damit ein Riegel vorgeschoben. „Den US-Geheimdiensten wurde damit ein wichtiges In-strument zur Massenüberwachung von europäischen Bürgerinnen und Bürgern entzogen. Das Urteil ist im Sinne der informationellen Selbstbestimmung der euro-päischen Verbraucherinnen und Verbraucher.“

Das Urteil werde darüber hinaus die Bemühungen zur Schaffung eines starken euro-päischen Datenschutzes vorantreiben: "Das Urteil ist ein wichtiges Signal für die lau-

fenden Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein neues ‚Safe Harbor‘-Abkommen“, betonte Haller. Es setzte den Rahmen für die Trilog-Verhandlungen zur EU-Datenschutzgrundverordnung und andere Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den USA, die das Grundrecht der europäischen Bürgerinnen und Bürger auf Datenschutz tangieren. „Klar ist: Wir brauchen klare Regeln, eindeutige Definitionen und stärkere Kontrollmechanismen für die Weitergabe von personenbezogenen Daten an Drittstaaten“, so Haller.

Unser Parlamentarischer Geschäftsführer und datenschutzrechtlicher Sprecher, Carsten Pörksen, ergänzte: "Dass erst durch die Enthüllungen Edward Snowdens und die Initiative des österreichischen Datenschutzaktivisten Max Schrems das seit 15 Jahren bestehende ‚Safe Harbor‘-Abkommen gekippt werden konnte, ist mehr als bemerkenswert. Eindeutig zu begrüßen ist, dass das Urteil die Unabhängigkeit der nationalen Datenschutzbeauftragten in der EU stärken wird."

Justiz hilft bei Flüchtlingsunterbringung

„Bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise leistet die rheinland-pfälzische Justiz hervorragende Arbeit – auch in ungewöhnlicher Form“, betonte unser Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Rechtsausschuss Carsten Pörksen. Von der Justiz derzeit nicht benötigte Betten werden ausgeliehen. Eigenbetriebe der Justizvollzugsanstalten, in denen die Gefangenen freiwillig arbeiten können, zimmern weitere Betten für die Aufnahmeeinrichtungen, und es werden gar Brote und andere Lebensmittel für die Flüchtlinge durch die Justizvollzugsanstalten zubereitet.

Besonders bemerkenswert ist: Auch mit Personal hilft die Justiz aus. Die Anstaltsleiter vier rheinland-pfälzischer Strafanstalten und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats haben die Leitung und Koordination in fünf Aufnahmeeinrichtungen übernommen, zusätzlich zu ihrer derzeitigen Tätigkeit.

„Auch bei ihren eigentlichen Kernaufgaben mit Blick auf die Flüchtlinge leistet die Justiz sehr gute Arbeit“, betonte Pörksen. „Durch die Konzentration der Verfahren nach den Asylgesetzen beim spezialisierten Verwaltungsgericht Trier werden schnelle Bearbeitungen - trotz der anhaltend hohen Zahlen - erreicht. Ohne die wichtigen rechtsstaatlichen Standards aufzuweichen, schafft die Justiz also rasch Klarheit über den Aufenthaltsstatus der Menschen. Bei Eil- und Regelverfahren steht Rheinland-Pfalz deutlich besser da als der Bundesdurchschnitt.“

Zum Hintergrund:

Der anhaltende Zustrom hilfsbedürftiger Menschen stellt das Land Rheinland-Pfalz, die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie die Behörden vor große Herausforderungen. Die Landesregierung – unter Führung von unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer – hat alle Ministerien und Behörden aufgerufen, dort zu unterstützen, wo es möglich ist. Justizminister Gerhard Robbers hat darauf früh reagiert und in die Wege geleitet, dass seine Behörden sich personell und sachlich stark an der Bewältigung der großen Aufgabe beteiligen.

ZAHLEN UND FAKTEN

LANDESHAUSHALT 2016

*GERECHTE CHANCEN. GUTE PERSPEKTIVEN.
NOTWENDIGE SOLIDARITÄT.*

ZUKUNFTSHAUSHALT

■ Bildung, Wissenschaft, .. (32%)
 ■ Inneres, Sport und Infr.. (14%)
 ■ Soziales, Arbeit, Gesun.. (12%)
 ■ Integration, Kinder, Ju.. (6%)
 ■ Sonstige (37%)



- 
1200 Lehrerinnen und Lehrer werden in 2015 neu eingestellt.
- 
Die Mittel für Sprachförderung steigen um 8,5 Prozent.
- 
200 neue Dauerstellen werden an Hochschulen in Rheinland-Pfalz geschaffen.
- 
Die Landesmittel für Kommunen steigen insgesamt um 7 Prozent.
- 
Das Volumen des Landesstraßenprogramms wird von 75 auf 87 Millionen Euro erweitert.
- 
120 Millionen Euro für Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz.
- 
Die Mittel für Kindertagesbetreuung steigen um 7,3 Prozent auf 586 Millionen Euro.
- 
165 Millionen Euro für die Versorgung und Erstunterbringung von Flüchtlingen.

KONSOLIDIERUNGSHAUSHALT



Das strukturelle Defizit wird um 128 Millionen Euro reduziert. Es sinkt damit schneller als erwartet.



Die Gesamteinnahmen steigen um 4,6 Prozent.



Die Gesamtausgaben steigen um 3,2 Prozent und liegen damit immer noch deutlich unter den Einnahmen.

powered by

Piktochart
 make information beautiful

Wir wünschen Euch eine erfolgreiche Woche.

Gruß Heike und Anke